

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Einberufung des Verbandstages

Gemäß der §§ 35 und 36 des Verbandsstatuts berufen wir den

### XX. ordentlichen Verbandstag

auf Montag den 22. bis 25. August 1932, vorm. 10 Uhr, nach Dortmund in die Westfalenhalle

mit folgender Tagesordnung:

1. Eröffnung des Verbandstages, Wahl der Leitung und der Kommissionen.
2. Bericht des Vorstandes:
  - a) Allgemeiner Geschäftsbericht;
  - b) Bericht der Hauptkasse;
  - c) Bericht des Ausschusses;
  - d) Bericht der Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.
3. Die Neuordnung der deutschen Wirtschaft mit besonderer Berücksichtigung der eisenschaffenden Industrie.
4. Beratung des Statuts.
5. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Nach § 35 des Statuts wird der Verbandstag von Abgeordneten gebildet, die durch die Mitglieder aus deren Mitte zu wählen sind. Die Wahl erfolgt durch geheime Abstimmung mit einfacher Mehrheit. Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die mindestens 13 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ordentliche Beiträge entrichtet haben.

Als ordentliche Beiträge gelten auch E-Marken zu 10 Pf. Wählbar sind nur Mitglieder, die mindestens 156 Wochenbeiträge entrichtet haben (§ 35 Absatz 2 des Statuts).

Für je 30 Mitglieder wird ein Abgeordneter gewählt. Ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 3000 teilbar, so ist für die überschüssige Zahl, wenn sie 1500 oder mehr beträgt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen.

Der Berechnung der Mitgliederzahl in den Verwaltungsstellen sind mindestens 48 Wochenbeiträge zugrunde zu legen. Die Bemessung der Abgeordnetenzahl erfolgt auf Grund der Abrechnungen für das I. bis 4. Vierteljahr 1931.

Der Tag der Wahl, die Wahlordnung für die Wahl und die Wahlkreiseinteilung werden noch bekanntgegeben.

Anträge, die auf dem Verbandstag zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens 13 Wochen vor dem Stattfinden des Verbandstages an den Vorstand eingereicht und von diesem 10 Wochen vorher in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden. Demzufolge sind alle für den Verbandstag bestimmten Anträge bis spätestens 7. Mai 1932 einzusenden.

Die Anträge sind jeder für sich auf einem besonderen Blatt Papier, dessen Rückseite unbeschrieben bleiben muß, mit der Aufschrift „Anträge an den Verbandstag“ an den Vorstand einzureichen.

Vor dem Text jedes einzelnen Antrages ist der Name der antragstellenden Verwaltung oder des antragstellenden Mitgliedes zu setzen. Der Antrag muß mit dem Ortsstempel der Verwaltungsstelle versehen sein.

Die zum Statut gestellten Anträge sind außer mit dem Namen des Antragstellers auch mit der Nummer des betreffenden Paragraphen und der Bezeichnung des Absatzes, dessen Änderung oder Ergänzung sie bezwecken, zu versehen. Begründungen zu den gestellten Anträgen werden nicht veröffentlicht; deren Einsendung ist daher zwecklos.

Antragsteller, die diese Vorschriften nicht genau beachten, setzen sich der Gefahr aus, daß ihre Anträge nicht in das Antragsverzeichnis aufgenommen werden.

Alle sonstigen auf den Verbandstag bezüglichen Bekanntmachungen erfolgen später.

**Der Vorstand**

## Ende des Kapitalismus?

Es ist noch nicht sehr lange her, daß selbst in sozialistischen Kreisen die Annahme herrschte, der Kapitalismus werde auch diese Krise noch einmal überwinden. Durch die Zusammenbrüche großer und größter Unternehmungen schwand jedoch der Glaube an die innere Kraft des kapitalistischen Systems. Was ursprünglich nur eine Konjunktur- und Strukturkrise zu sein schien, weitete sich zu einer Krise des kapitalistischen Systems selber aus. Selbst im Lager der Kapitalisten fängt man an zu zweifeln und zu verzweifeln; maßgebende Personen wählen den Freitod, weil sie keinen Ausweg mehr sehen aus dem Wirrwarr, den sie mit angerichtet haben.

Der Staat, der vielgeschmäht, dem man zur Last legte und heute noch legt, daß er durch eine falsche Wirtschaftspolitik den Zusammenbruch der Privatwirtschaft verschuldet habe, muß, ob er will oder nicht, große Unternehmungen stützen, muß Banken sanieren, um Schlimmeres zu verhüten.

Die Tatsache, daß der Staat eine Reihe von Stützaktionen begonnen hat, um Unternehmungen vor dem völligen Zusammenbruch zu retten, deren Fortbestand in öffentlichem Nutzen und auch in dem der Arbeiter liegt, muß zu einer Nachprüfung unserer bisherigen Auffassungen über den Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsweise führen. In der sozialistischen Literatur, noch mehr aber in der Propaganda, wurde die Ansicht vertreten, daß, ohne die Erlangung der politischen Macht der Arbeiter einerseits, und ohne die entsprechende wirtschaftliche Reife der Arbeiter — Schulung in Genossenschaften, die Bildung der Betriebsräte usw. —, der Kapitalismus nicht abgelöst werden könne. Es wurde weiter behauptet, daß die Arbeiter nur dann ein Interesse an der Sozialisierung hätten, wenn die Garantie bestehe, daß ihre Lebenshaltung nicht unter die während der kapitalistischen Herrschaft übliche heruntersinken würde. Wie verhält es sich nun heute mit diesen Auffassungen?

Wir sehen heute, daß einzelne, und zwar sehr wesentliche Teile der kapitalistischen Maschinerie nicht mehr funktionieren. Und ohne daß die Arbeiterschaft die politische Macht im Staat erlangt hat, muß der Staat, der immer noch ein kapitalistischer Staat ist, die Rolle des Maschinisten übernehmen und die stehengebliebene Maschine wieder in Gang setzen. Hätte die Arbeiterschaft in diesem Staat die Macht, dann würde man im vorliegenden Falle vielleicht von Staatssozialismus sprechen können. So aber wird es vorerst nur Staatskapitalismus sein, was sich hier entwickelt. Es zeigt sich also, daß der Kapitalismus stückweise durch den Staat übernommen werden kann. Die Arbeiter wirken zwar, entsprechend der Stärke ihres politischen Einflusses, mit, sie haben aber die politische Macht noch nicht erlangt, die sie befähigen würde, im gegebenen Falle durch gesetzgeberische Akte das ganze System der Wirtschaft umzuwandeln.

Es ist, wie uns dünkt, falsch, anzunehmen, das ganze System müßte erst zusammengebrochen sein, ehe man an seine Verstaatlichung denken könne, wie dies zum Beispiel die Kommunisten behaupten. An dieser Denkweise ist aber doch ein bißchen Wahres. Nämlich, daß es nicht möglich sein wird, den Kapitalismus dann aus dem Sattel zu heben, wenn er gesund und kräftig ist, wenn er nicht von Krisenfebern geschüttelt am Boden liegt. Wenn wir aber warten wollten, wie es manche sozialistischen Schriftsteller glauben empfehlen zu sollen, bis die Arbeiterschaft sich wieder erholt hat, bis die Arbeitslosigkeit beseitigt ist, dann würden wir wohl sehr lange und dann noch vergebens warten müssen, denn sowohl der Staat wie die Arbeiterschaft wird ein blühendes kapitalistisches System niemals mit Erfolg angreifen können. Hierzu möge ein Vergleich angeführt sein. In einem Lande, wo das Regierungssystem Erfolg gehabt hat, zum Beispiel nach einem militärischen Sieg über eine andere Macht, wird niemals eine politische Revolution möglich sein. Im Gegenteil: Nur wenn eine Regierung eine Niederlage erlitten, wenn sie ihr ganzes Ansehen beim Volk eingebüßt hat, wird das Volk einen revolutionären Aufstand mit Erfolg durchführen, wird es das Regierungssystem stürzen können. Genau so ist es auch im Wirtschaftsleben. Es müssen mindestens bedeutende Teile der Wirtschaft am Ende ihrer Kraft und Leistungsfähigkeit an-

## Noch mal so am 10. April

Der Ausgang der Reichspräsidentenwahl ist nicht zuletzt der Haltung der Millionen Gewerkschafter und ihren Angehörigen zu verdanken. Sie stimmten geschlossen gegen den Nationalsozialismus, indem sie für Hindenburg stimmten. Ihr Tun wurde von ganz kühler Erwägung bestimmt. Von ihnen soll nicht gesagt werden können, daß sie ihre Metzger selbst wählen. Denn nichts anderes wäre es gewesen, wenn sie nicht alle Kräfte gegen den Oberosaf der faschistischen Banden aufgebieten hätten. Einfache Überlegung sagt, daß, wenn der Häuptling der Hakenkreuzler und das Kostkind der Herren im eignen Hause sein hohes Ziel erreicht, der ehrliche Arbeiter noch vollends zum Paria wird. Hierüber wird sich kein halbwegs denkender Arbeiter einer Täuschung hingeben.

In jahrelangen mühseligen Kämpfen haben die Gewerkschaften politische und wirtschaftliche Rechte errungen. Und wer sie auch nicht sehr hoch bewerten mag, kann doch nicht umhin, einzugestehen, daß ohne diese Rechte nicht an die Verbesserung der Lage der arbeitenden Schichten zu denken ist. Würde der nationalsozialistische Kandidat bei der Reichspräsidentenwahl siegen, diese Rechte würden über Nacht beseitigt sein. Die schlimmsten Ausbeuter hätten dann ihr inbrünstig ersehntes Ziel erreicht. Vorbei wäre es mit den Gewerkschaften, vorbei mit der Sozialversicherung, dem Arbeiterschutz, dem Tarifrecht und den sonstigen Errungenschaften. Das Unternehmertum würde die Löhne einfach wieder diktieren wie im wilhelminischen Mai, die Arbeitslosenunterstützung würde ganz allgemein in die berüchtigte Wohlfätereier von einst umgewandelt und der Lebensstand der Arbeiter käme auf den Kulstand. Und wenn die Arbeiter dagegen protestierten, würden sie durch die bewehrte Faust der Hakenkreuzler zum Schweigen gebracht.

Kein Zweifel, die Lage der arbeitenden Schichten ist himmelschreiend trostlos und manche der sozialpolitischen Errungenschaften sind in der Krisenzeit ganz oder teilweise verloren gegangen, auch sind die Löhne in empörender Weise gesenkt worden. Die Wiedereroberung des Verlorengegangenen ist aber kaum möglich, solange die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit besteht. Und an die Milderung dieser beiden Mißlichkeiten ist nicht zu denken, wenn nicht die inner- und außenpolitische Unsicherheit aufhört. Sie hemmt die Unternehmungslust und zerstört das Vertrauen in die Zukunft. Die Rückkehr von Unternehmungslust und Vertrauen ist jedoch ganz ausgeschlossen, solange der faschistische Unfug andauert. Welcher ausländische oder inländische Geschäftsmann kann wagen, etwas zu unternehmen, wenn er keine Gewähr für den Bestand der politischen Ordnung hat? Die Gewähr ist eben nicht

vorhanden, wenn faschistische Banden alle Welt bedrohen. So erfüllen denn die Arbeiter auch eine wesentliche Voraussetzung für die Milderung der Wirtschaftsnot, wenn sie gegen den Faschismus vorgehen. Mit ihrem Gerede von den Herrlichkeiten des Dritten Reichs können die Nazis keinen Arbeiter dumm machen. Auf der einen Seite versichern sie den Arbeitern, ihre Not werde im Dritten Reiche ein Ende haben, auf der andern Seite versichern sie den Ausbeutern, daß an dem heutigen Zustande zwischen Kapital und Arbeit nichts geändert werde. Beides ist unmöglich. Niemand kann zwei Herren dienen. Wem die Faschisten nur dienen können und werden, steht außer allem Zweifel: sie werden denen dienen, die in dem Faschismus die Rettung sehen, die zu Düsseldorf begeistert: Heil Hitler! riefen, nämlich den ausgespichteten Ausbeutern.

So kann es für den Arbeiter am 10. April keine andre Wahl geben wie am 13. März: Sie müssen abermals gegen den Faschismus stimmen, indem sie für Hindenburg stimmen. Es ist dies weniger eine Wahl zwischen zwei Personen, sondern zwischen zwei Systemen: zwischen der Demokratie und der Diktatur des Ausbeutertums. Je einhelliger die Arbeiter sich gegen diese Diktatur entscheiden, desto größer ist die Möglichkeit, die vielfältigen und entsetzlichen Übel, unter denen das arbeitende Volk leidet, zu mildern und zu beseitigen. Am 10. April muß der am 13. März so heißungsvoll begonnene Kampf gegen den Todfeind der Arbeiterschaft kräftig weitergeführt werden. Und nicht nur das.

Es ist auch allerhöchste Zeit, daß die Regierung mit samt ihren nachgeordneten Stellen aus ihrer schädlichen Zurückhaltung gegenüber dem Faschismus herausgeht. Ihre unverständliche Langmut wird ihr nur als Schlappheit ausgelegt und von den Leuten mit den „durchschlagenden Beweisen“ weidlich ausgenutzt. Nur festes Zupacken schafft der Staatsgewalt bei den Landfriedensbrechern Respekt. Die republikanische Bevölkerung hat ein Recht darauf, daß dem wüsten Gebaren der Hitlerbanden endlich ein Ende bereitet wird. Nur durch entsprechende Taten kann das verlorene Vertrauen der Republikaner zur republikanischen Staatsgewalt zurückgewonnen werden. In diesem Sinne ist das Vorgehen des preußischen Innenministers Severing freudig zu begrüßen und als eine gute Einleitung des Entscheidungskampfes zwischen Demokratie und Diktatur zu werten.

Am 10. April muß noch einmal so wie am 13. März gehandelt werden. Es geht um Aufrechterhaltung der Demokratie oder um Errichtung einer faschistischen Diktatur. Darüber müssen sich alle Arbeiter, ungeachtet ihrer politischen Einstellung, im klaren sein. K. E.

### Aus dem Inhalt

	Seite
Einberufung des Verbandstages — Noch mal so am 10. April — Ende des Kapitalismus?	79
Die Siemens-Abschlüsse — Neuester Anruf Hitlers — Aus den Dschungeln der Schwerindustrie.	80
Des Erwerbslosen Golgatha — Stahlbad anno 17	81
Den Mitgliedern zur Kenntnis — Paul Umbreit †	82
Sitzung des Erweiterten Beirats — Schwierigkeiten deutscher Spezialisten	83
Vorsicht mit dem freiwilligen Arbeitsdienst! — Wieviel Kaffee würde in Brasilien verbrannt?	84



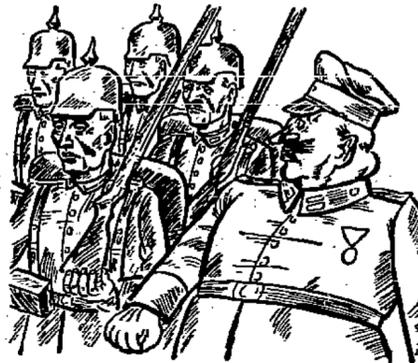
# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

„Marschordnung!“  
 Endlich! Wir atmen auf. Ich schiebe meine Schweißstrümpfe herunter bis auf das Koppel. Vor mir quäkt der Schinder — „Na, watte, watte, du Lämmel, du schlapper Hamburger!“ Er krächzt und zeigt seine großen, gelben Zähne. Wieder dieses widerwärtige, furchtbare Grinsen. Dann rennt er nach vorne.  
 Es lastet ein Alp auf jedem einzelnen Rekruten. Wir wissen, wie er den armen Langer „schleifen“ wird, nachher, nach dem Rückmarsch. Und heute haben wir zehn Pfund Sand im Affen! Langer reibt an seiner Knarre. Der dicke Ostpreuße Minulla neben ihm sucht ihn augenscheinlich zu trösten. „Korn kaputt, Kimme kaputt, alles kaputt“, höre ich ihn sagen. Dann lacht er gutmütig und klopft seinem armen Kamerader auf die Schulter.  
 „Diesmal hält er es nicht aus“, sage ich zu Kilb neben mir, dem Brotkutscher aus Breslau. Er ist immer schweigsam. Man kann sich nicht mit ihm unterhalten. Er hat zwei Brüder im Westen verloren — einen schon 14 am zweiten Tage, das ist alles, was ich bisher von ihm erfuhre — und daß er eine kranke Mutter hat und daß sein Vater in einer Pulverfabrik ums Leben kam. Er murmelt oft vor sich hin und hat dann einen bösen Glanz in den Augen. Aber einmal hat er mir ein halbes Brot geschenkt. Seitdem mag ich ihn gern, und wenn wir abends beim Gewehrreinen auf der Bude singen, dann stimme ich als Vorsänger am liebsten das Lied vom guten Kameraden an und dabei muß ich immer Kilb ansehen.  
 Wir dürfen rauchen. Ich greife in die Rocktasche und finde meine letzte Zigarette; die Hälfte gebe ich Kilb — ich weiß, er raucht gern und kann sich keine Zigaretten kaufen. Die kleine Löhnung schickt er noch seiner Mutter. Vielleicht macht ihn der Rauch geschwächter. Er zieht durstig an der Kippe. „Der Hund“, sagt er, und seine Backenknochen mahlen. Wieder ist der böse Glanz in seinen Augen. „Totschießen müßte man ihn, den Schinder, oder ihn mal nachts vermöbeln, wenn der heilige Geist kommt.“ „Nicht so laut“, erwidere ich, „du kommst auf Festung, Kilb.“ Er aber lauter, daß es viele hören, auch unser Unteroffizier: „Feiglinge seid ihr alle! Habt's nicht besser verdient. Wenn wir uns einig wären, oha!“ Er hat sich von seinem Druck befreit. Jetzt wird er wieder ein paar Tage schweigen. „Ruhe im Glied!“ ruft Preuß. „Kerls, ich hab' nichts gehört. Aber sprich auf der Latrine darüber, nicht hier.“ Er geht nach hinten.  
 „Nicht weich werden!“ ruft von hinten her der kleine Adamczik, der beste Soldat unserer Korporalschaft.  
 Unser Glied ist näher an Langer aufgerückt. Langer sieht sich bei Adamcziks Ruf, der ihm galt, um und lächelt mich müde an. „Was soll ich ihm sagen? „Mußt immer denken, du bist im Krieg, Heini“, tröste ich ihn. „Nee, muß ja jarnich denken“, sagt der dicke Minulla. Sein gutmütiges Gesicht strahlt. Ich mag seine breite, klingende Mundart so gerne. Er ist nicht klein zu kriegen. Noch nie habe ich ihn traurig gesehen. Wenn er spricht, gedehnt und tragend, muß ich an eine fette Rinder auf einer Weide, die gemächlich wiederkäuen, und an ein Dorf mit einem Ententeich, auf dem Sonne liegt, denken. Aus solcher Landschaft kam der Tagelöhnersohn Minulla in unsere Kompanie.  
 Er langt einen dicken Apfel heraus und beißt hinein mit starken Zähnen, daß der Saft an der Seite seines Mundes herunterläuft. Weiß der Teufel, wo der nun wieder den Apfel her hat.  
 Langer hat das Reiben am Gewehr aufgegeben und trägt es wieder über der Schulter. Er sagt keinen Ton. Was mag in ihm vorgehen?  
 „Wenn wir erst rauskommen, Heini, wird's wohl aufhören mit der Schinderei.“ Ich weiß nicht, welchen Sinn diese Worte haben sollen, die ich Langer sage. Aber irgend etwas muß ich doch sagen.  
 Kilb murmelt; ich denke an seine gefallen Brüder und an den Unsinn, den ich eben sagte.  
 Minulla beschämt mich. Er reicht Langer den angebissenen Apfel. Der haut hinein mit Heißhunger. Ich höre ihn stöhnen. Er ißt auch das Gehäuse.  
 „Singen!“ Der Ruf kommt als Befehl von vorn. „Halt's Maul!“ murmelt Kilb. Er hat noch nie mitgesungen.  
 „Kohldampf!“ Das war wieder der kleine Adamczik, der frische Berliner. Das Wort findet Widerhall. „Kohldampf!“ rufen schon fünf, sechs Stimmen. Hinter uns die vierte Korporalschaft gilt als die verfreessenste. Da ist einer mit Namen Bumann, auch ein Hamburger. Er ist der tonangebende Geist. Ich erkenne seine Stimme.  
 „Eins, zwei, drei — — Kohldampf!“ Sie grölen zwei-, dreimal hintereinander im Chor. Dann lachen sie.  
 Es ist wahr: wir haben Hunger. Man läßt uns morgen vor dem Antreten kaum Zeit, den heißen Rübenkaffee zu trinken. Dazu gibts für den Mann nur ein Drittel „Karo einfach aus der Margarine und alle vier Tage ein Achtel Butter, manchmal etwas „Hindenburg-Kraftbutter“, das ist gefärbte Rübenmarmelade, und vielleicht ein bißchen Quarkkäse oder Kunsthonig. Es rutscht durch, und der Magen ist immer leer, so daß wir neue Löcher in den Schmachtriemen bohren müssen. Es ist schon ein Elend! Und dabei der schlimme Drill! Wir trinken viel Wasser, das stopft für kurze Zeit ein Loch. Es heißt, daß es in Berlin besonders schlecht mit der Verpflegung ist.  
 Einige singen aber doch schon.  
 „Eins, zwei, drei — — Kohldampf!“ Wir brüllen es begeistert einige Minuten lang.  
 „Kompagnii — — hal!“  
 Die Spitze steht am Anfang des Schleifsteines. Der Befehl kam so plötzlich, daß ich mit dem Kopf an Langers Affen schlage.  
 „Jetzt geht's los. Warte, du Schweinehund!“ knurrt Kilb. Eine Wolke von Schweiß- und Ledergeruch umhüllt die Kompanie. Es ist der Geruch der Soldatenleiber, der uns nie verläßt, der mit uns zieht bis in die harten Drahtnetzbetten. Rechts ist eine Abfallgrube der Berliner Straßenreinigung. Ein häßlicher Gestank steigt daraus hervor und mischt sich mit dem der Kompanie, daß mir wieder elend wird. Einige bleiche Frauen mit verhärmten Gesichtern schleichen vom Rand der Abfallgrube fort. Sie tragen kleine Säcke, die sie mit den faulenden Resten der Steckrüben und Kartoffelschalen aus der Grube gefüllt haben. Sie rufen drei zerlumpte Kinder zu sich heran, die noch am Rand der Grube sammeln, und mustern uns mit schiefen, hungrigen Blicken. Hier suchen sie Abfälle.  
 „Gewehr ab!“  
 Der Schinder schreitet ganz langsam die Kompanie ab. Er lächelt hämisch.  
 „Schtille — — schtann!“ Er brüllt es, daß die Frauen und Kinder anfangen zu laufen.  
 „Die Kompanie hat nicht gesungen!“ Die Stimme des Schinders zittert vor Wut. Sein Gesicht war eben bleich — jetzt ist es krebsrot. Wir stehen wie Pfähle. Die Sonne steigt. Ich sehe Langers Beine zittern wie im Frost.  
 „Wir sind Soldaten Seiner Majestät des Kaisers! Unsere Kameraden draußen müssen sich eurer schämen!“  
 „Unsere Kameraden draußen“, sagte er und war noch nicht an der Front.  
 „Singen!“ Seine Blicke heißen sich in uns fest. „Ihr singt jetzt: O Deutschland hoch in Ehren!“

Die letzten Worte singt er schon. Die breite Stimme Grützmachers, des Bauernjungen aus Dithmarschen, fällt quäkend ein. In seiner Nähe stehen die anderen Söhne der Marsch und die aus Pommern und Mecklenburg.  
 „Du heil'ges Land der Treu!“  
 Sie fühlen sich. Ihre Mägen sind gefüllt mit Fett und Brot. Der Einjährige Sievers hinter mir kräht wie ein Hahn, dem der Kamm schwillt.  
 Er spielt sich immer furchtbar auf, als sei er jetzt schon Leutnant. Ich sehe ihn nicht, aber ich weiß, daß ihm vor Aufregung und Begeisterung die Augen hervortreten.  
 „Adolf“ geht irgendwo hinter mir. Er merkt sich jeden einzelnen, der mitsingt.  
 Jetzt schwillt der Gesang plötzlich an:  
 „altet aus!“ — —  
 Kilbs Baß dröhnt wie geschlagenes Metall. Und aus den Kehlen der hungernden Söhne der Großstädte, der Söhne der Arbeiter und Tagelöhner, quillt es brausend hervor wie Erlösung, immer dasselbe:  
 „Halt das Maul, Maul, Maul, halt das Maul, halt das Maul, das Maul, das Maul!“  
 Da springt der Schinder wie ein Tiger nach vorne, daß ich eine Sekunde lang seinen keuchenden Atem höre.  
 „Aufhalten!“ schreit er, „aufhalten, ihr Hunde!“  
 Aber weiter wie Sturmwind, ohne Denken an das, was folgen wird:  
 „Halt das Maul, Maul, Maul, halt das Maul!“ weiter bis zum Ende der Melodie. Dann eine unheimliche Stille.  
 In der Nähe irgendwo lachen die verschleuchten Frauen. Wir stehen unentwegt — — und haben für diesen Augenblick gesiegt.  
 Und jetzt kommt die Rache des Schinders.  
 „Lorenz — — Grützmacher — — Wilke, Zeiß, Sievers!“ Er hat sich die Gehorsamen genau gemerkt — es sind ungefähr zwanzig — „Links heraus! Unteroffiziere links heraus!“ Sie springen aus den Gliedern, so schnell sie können. — Unteroffizier Preuß steht noch neben mir. Hat er es nicht gehört, weil er nicht mit hinauspringt? Träumt er? Er hat uns mal ein Bild aus seiner Schule gezeigt: Volksschullehrer Preuß inmitten seiner Jungs auf einem Schulausflug. Einer lehnte sich an ihn auf diesem Bilde. Alle hatten frohe, helle Gesichter, wie sie Knaben haben, die ihren Lehrer lieben. Er war ihr Abgott, man sah es ihnen an. So steht er jetzt auch bei uns, seinen Jungs. Er gehört zu uns, er will uns nicht verlassen.  
 „Adolfs schwerer Körper wiegt sich in der Vorfreude des ihm bevorstehenden Genusses.“  
 „Aha! Unser liebes Schulmeisterchen. Hm, hm, ja, ja — —“ Seine Stimme vibriert: „Nicht gehört, Unteroffizier Preuß? Schön, schön, darf mitmachen.“ Und jetzt wieder brüllend:  
 „Alles durcheinander, marsch, marsch!“ Ein Toben, Prasseln, Fallen, Stolpern, Keuchen.  
 „Hinlegen!“



Wir stürzen übereinander. Minullas Spaten schlägt mir an den Kopf. Es dröhnt in meinen Ohren. Ich fasse schnell hin — eine große Beule bläht sich. Schwer wuchten die Affen mit den zehn Pfund Sand auf unseren schwachen Rücken. Es ist wohl zehn Uhr, aber heiß brüht schon die Sonne. Ich blicke mich nach Kilb um, er liegt rechts von mir und seine Nase ist weiß vor Wut. Jetzt nur Vorsicht, daß kein Sand in den Gewehrlauf kommt! Heute nachmittag ist todsicher Gewehrrappell, und dann wehe!  
 „Auf!“ Es fällt mir schwer, schon beim erstenmal. Wie soll das noch werden? Die Gesichter röten sich vor Anstrengung. Schief hängen die Koppel mit den Patronentaschen, mit Spaten, Seitengewehren und Brotbeuteln um die dünnen Leiber. Hunger, Hunger, wie tast du weh! Es gluckert im Magen, und das Schlimmste steht uns noch bevor. (Wird fortgesetzt.)

## Frühling erwacht

Der Frühling klopft mit Künstlerhänden  
 An jede Tür:  
 Ihr alle hinter grauen Wänden,  
 Kommt schnell mit mir!

Seht, wie nach starrer Eiseskälte  
 Und Winternacht  
 Sich die Natur mit mir vermählte  
 Zu neuer Pracht.

Frau Wiese trägt ein buntes Röckchen  
 Auf zartem Grün.  
 Herr Kirschaum streut schneeweiße Flöckchen  
 Darüber hin.

Vom jungbelaubten Walde drüben  
 Kommt sel'ger Laut.  
 Was dort die lieben Vöglein üben,  
 Klingt so vertraut...

Mit sanfter, tröstender Gebärde  
 Kost dich die Luft.  
 Ist's nicht, als sei die ganze Erde  
 Gehüllt in Duft?

Die Sonne taucht das frohe Blüten  
 In gold'nen Schein;  
 Neugierige Lämmervölkchen ziehen  
 Als Nachhut drein.

Du stehst und hältst die Arme offen  
 Dem Frühlingsglück,  
 Und neuer Mut und neues Hoffen  
 Kehrt dir zurück.

Trotz aller grauen Wintersorgen  
 Laßt uns vertrau'n!  
 Wenn heute nicht, so wird uns morgen  
 Der Himmel blau'n!

Wenn wir gemeinsam alle gehen  
 Durch Not und Leid,  
 So winkt auch uns ein Aufstehen  
 Zu bess'rer Zeit!

Marie Schulz

## Des Erwerbslosen Golgatha

Vier volle Jahre marschiere ich nun schon mit vielen anderen den Weg des Elends. Wie sie, so flog auch ich einst auf die Straße. Meine Firma, bei der ich zehn Jahre war, konnte mich nicht mehr beschäftigen.  
 Damals war es noch nicht so schlimm wie heute. Man konnte noch hoffen, bald wieder in eine Fabrik hineinzukommen. Ich verließ mich dabei nicht auf die Vermittlungsstelle, sondern lief tatsächlich alle Betriebe der Stadt ab. Aber immer vergeblich. Hin und wieder fand ich für einen Tag oder ein paar Stunden eine Aushilfsstelle — dann stand ich wieder auf der Straße mit meinem Elend.  
 Die Meldekarte mit ihren 280 Feldern, die mir bei der Aufnahme in den Verband der Stempelbrüder ausgehändigt wurde, schrumpfte bedenklich zusammen. So oft ich auf dem Stempelamt erschien, entwertete der Beamte ein Feld durch Eindrücken des Datums. Dadurch wurde ich kontrolliert, ob ich auch die gesetzlichen Vorschriften erfülle.  
 Immer näher rückte der Tag heran, wo das letzte Feld seinen Stempel erhielt. Als das geschah, drückte der Beamte quer über die ganze Karte die verhängnisvollen Worte: Endgültig ausgesteuert!  
 Nun gings in die Kru. Damit beginnt für den Erwerbslosen das Elend erst richtig. Jetzt kommt es noch mehr auf jeden Pfennig an. Die Zahlungen hören von selbst auf. In 99 von 100 Fällen geht auch die Zeit der Krisenunterstützung ohne Wendung zum Besseren herum. Mit dem Ende der Kru fügt sich zu dem Elend die Verzweiflung. Die Sorge um das bißchen Leben bringt einem schier um den Verstand.  
 In der Verzweiflung reicht man einen Antrag auf die sogenannte Nachkrisen ein. Sie darf zwölf Wochen nicht überschreiten. Wie der Blitz schießen diese Wochen vorbei. Man bekommt ein Stück Papier, auf dem man dem Wohlfahrtsamt zur Weitervermittlung empfohlen wird.  
 Ehe ein Amt einen Antrag geprüft hat, vergehen einige Wochen. Es ruht daher in dieser Zeit die Unterstützung. Wer währenddessen nicht verhungern will, kann beim Wohlfahrtsamt um Übergangshilfe einkommen. Auf diese Weise kam ich mit ihm zum erstenmal in Berührung.  
 Mit vielen Papieren beladen machte ich mich auf den Weg zur Wohlfahrt, um für mich und die meinen etwas Geld zum Weiterleben zu erbitten. Es wurde mir gewährt unter der Bedingung, alles, was ich erhalte, in bessere Zeiten zurückzahlen. Ich sagte alles zu — ich hätte meine Seele verkauft für ein paar Mark. So wurden mir etwas mehr als 12 Mark die Woche in Aussicht gestellt.  
 Ich bin gleich wieder zur Wohlfahrt gegangen, um den ersten Zahltag abzuheben. Sehr früh war ich von daheim fortgegangen, um als Erster dran zu kommen. Die Verfassung meiner Familie zwang dazu. Vier blanke Silberstücke legte der Kassierer mir hin. Zitternd griff ich danach, wie der Bettler nach dem Almosen.  
 Kaum lag das Geld in meiner Tasche, stellte sich wilder Hunger bei mir ein. Es flimmerte mir vor den Augen. Ich suchte einen Laden auf, wo ich mir eine Tasse Milch und ein Stück Brot geben ließ. 16 Pfennige waren von den vier Silberstücken fort. Mit Ruhe konnte ich nicht essen. Gewissensbisse quälten mich. Daheim warteten Kinder auf ihren Vater, die der Hunger gleichfalls quälte. Die letzten Bissen hinunterwürgend, rannte ich davon.  
 Daheim legte ich den Rest der Unterstützung vor meiner Frau auf den Küchentisch. Die beiden Kleinen stellten sich auf die Fußspitzen, um das Geld zu zählen. Ob des Reichtums traten ihnen Tränen in die Augen. Schließlich beichtete ich meine Verschwendung. Wider alles Erwarten machte mir niemand Vorwürfe. Nur meine Frau sah mich traurig an.  
 Sie nahm die Schiefertafel, die am Herd hängt, zum Aufschreiben der Haushaltsachen. Die Mutter teilte die Tafel in Fächer ein. Als das geschah, legte sie in jedes Feld einen Teil des Geldes: je einen Teil für die Miete, das Licht, die Kohle usw. Als Rest verblieben nicht ganz zwei Mark. Die mußten fürs Leben bis zum nächsten Zahltag reichen.  
 Mit dem Reste schlich meine Frau aus dem Haus. Wir andern setzten uns hinter den Tisch, auf die Rückkehr der Mutter wartend. Sie ließ nicht lange auf sich warten. Sie kam mit einer Tüte voll Kartoffeln, einem halben Brot und Salz zurück. Wir hatten bald die langersehnte Mahlzeit. Es war Sonntag.  
 Ein erwerbsloser Familienvater.

## Die Frauen und die Paragraphen

Die Frauen kommen mit dem Strafgesetzbuche in viel geringerer Zahl als die Männer in Konflikt. Nach den neuen Veröffentlichungen über die Gefangenenanstalten der preussischen Justizverwaltung stellen die Frauen unter den Strafgefangenen nur 7,8 vH. Diese Zahl aber würde noch viel geringer sein, wenn sich die Frau nicht noch viel zu sehr innerlich abhängig vom Manne fühlte.  
 Es ist nämlich festgestellt, daß die ledigen, die verwitweten und die geschiedenen Frauen einen wesentlich geringeren Anteil unter den Strafgefangenen stellen als die verheirateten. Hierin kommt die innere Abhängigkeit vom Manne deutlich zum Ausdruck. Die Frauen fühlen, so beweist die Statistik des Verbrechens, heute noch viel zu sehr eine gewisse Hörigkeit. Statt sich dem Gedanken des Rechts zu fügen, beugen sie sich ihrem Manne, auch dann, wenn nichts als Brutalität aus ihm spricht.  
 Recht lehrreich ist auch die entgegengesetzte Feststellung, daß die Männer nämlich durch die Ehe in ihrem sittlichen Verhalten gegenüber ihrer Mitwelt gebessert werden. Die verheirateten Männer stellen viel weniger Strafgefangene, als unverheiratete Männer.

## Biologisch verheiratet

Nach den Feststellungen von Dr. Fetscher an der Eheberatungsstelle Dresden handelte es sich nur in 45,1 vH der Beratungsfälle um die Beratung von Brautleuten. Mehr als die Hälfte der Beratungen betrafen Eheleute. Das zeigt, daß die Beratung in ihrer vorbeugenden Bedeutung noch nicht anerkannt ist.  
 Bei der Gelegenheit berichtet Dr. Fetscher auch, daß 98 vH derer, die die Beratungsstelle aufsuchten, schon vor der Eheschließung „biologisch verheiratet“ gewesen sind, und zwar wurden diese „biologischen Ehen“ in allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig festgestellt.

## Wer schwänzt die Schule?

Es ist erwiesen, daß das soziale Leben in hohem Maße auf die Schulfreudigkeit und die Arbeitslust der Kinder in der Schule einwirkt. So sind die Zusammenhänge zwischen sozialer Lage und Schwänzen der Schule einwandfrei festgestellt. Wie eine Arbeit von Ernst Haase beweist, stellen hierbei die Kinder einzeln stehender Frauen einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz. Das sind die Mütter, die ganz auf Erwerbsarbeit angewiesen sind. Die nur nebenbei Mutter sein können. Denen das soziale Leben die Pflege des Kindes vorenthält.  
 Wenn die Not des Lebens so viele dieser alleinstehenden Mütter schon zu einem Übermaß von Erwerbsarbeit zwingt, dann sollte die Gesellschaft den Kindern dieser Mütter auch in ausreichendem Maße die Fürsorge und den Schutz bieten, den sie nötig haben und verlangen können. Und hier finden wir die Zusammenhänge zwischen dem Arbeitsleben und dem Einfluß, den die Arbeiterbewegung in den Gemeinden hat.



# Verbandsleben



## Den Mitgliedern zur Kenntnis

In dem Bericht über die Sitzung des Erweiterten Beirats (siehe nächste Seite) wird darauf hingewiesen, daß der Hauptkassierer, Kollege Schott, außer dem Vorschlag des Vorstandes noch eine andere Sache behandelt hat. Um was es sich handelt, geht aus dem Bericht, den wir hier weiterführen, hervor:

Über 300 000 arbeitslose und ausgesteuerte Mitglieder zahlen zur Aufrechterhaltung ihrer erworbenen Rechte im Verband die Erwerbslosenbeiträge zu 10 Pf. die Woche oder, falls sie Wert darauf legen, daß künftige Ansprüche an die Invalidenunterstützung nicht unterbrochen werden, 40 Pf. die Woche. Ein kleiner Teil der Mitglieder dagegen zahlt, obgleich arbeitslos, volle Beiträge und erwirbt sich dadurch wieder ein Anrecht auf die Auszahlung der statistischen Unterstützung. Der Verband hat bisher die auf diese Weise wiedererworbene Bezugsberechtigung auf Unterstützung nicht erschwert und es wurden diese Kollegen, solange es die finanziellen Verhältnisse gestatten, auch wiederholt voll ausgesteuert.

Leider hat nun die verstärkt weiterdauernde Wirtschaftskrise eine ständig steigende Zahl von arbeitslosen Mitgliedern gebracht. Zur Zeit sind 44,4 vH voll erwerbslos und 30,5 vH Kurzarbeiter. Alle diese Mitglieder werden, soweit das noch nicht geschehen ist, infolge der langandauernden Krise voll ausgesteuert. Die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung können deshalb schon seit Jahr und Tag nicht mehr durch die Beitragseinnahme gedeckt werden. Die Geldmittel des Verbandes dürfen nicht völlig für diesen einzigen Zweck verausgabt werden, die Leistungsfähigkeit der Organisation muß erhalten bleiben. Deshalb ist es notwendig, hinsichtlich der Erlangung der Wiederbezugsberechtigung von bereits ausgesteuerten Mitgliedern eine Änderung eintreten zu lassen.

Der Erweiterte Beirat hat daher einmütig beschlossen, daß diejenigen Mitglieder, die arbeitslos sind, aber durch Weiterzahlung der Vollbeiträge wieder unterstützungsberechtigt werden wollen, für weitere 20 Wochen Beiträge zahlen müssen.

Wir verkennen keineswegs die Notlage unserer arbeitslosen Mitglieder, aber die Notwendigkeit, bei der dauernden Belastung einen Ausgleich zwischen Ein- und Ausgaben für Unterstützungszwecke herbeizuführen, führt zwangsläufig zu dieser Maßnahme. Es soll durch den Beschluß des Erweiterten Beirats kein Mitglied betroffen werden, das bereits ausgesteuert, sich durch Weiterzahlung der Vollbeiträge aber neue Rechte auf Unterstützungsbezug erworben hat. Nur diejenigen Mitglieder, die von der 15. Beitragswoche (1. Aprilwoche) an ausgesteuert werden, sollen, falls sie erneut Anspruch auf Unterstützungsbezug machen wollen, für 20 Wochen mehr Beiträge leisten, als bisher im Statut vorgesehen war. Der einstimmig vom Erweiterten Beirat gefaßte Beschluß lautet:

„Mitglieder, die von der 15. Beitragswoche an (1. Aprilwoche) ausgesteuert werden, können weitere Unterstützung — Reisegehalt, Übersiedlungskosten und Erwerbslosenunterstützung — zusammen mit der Erwerbslosenunterstützung allein — in 92 aufeinanderfolgenden Wochen, vom jeweiligen Erhebungstag an gerechnet, für 90 Tage erhalten.“

Mitglieder, die keinen Anspruch auf neuen Unterstützungsbezug machen wollen, können, wie bereits bemerkt, durch Weiterzahlung der Erwerbslosenmarken ihre durchs Statut gewährleisteten Rechte aufrechterhalten und es wird ihnen nach wie vor die Verbandszeitung zur Verfügung gestellt. Von den noch arbeitslosen, aber bereits ausgesteuerten Mitgliedern des Verbandes zahlen zur Zeit etwa 193 000 Erwerbslosenmarken zu 10 Pf., etwa 110 000 Mitglieder zahlen 40-Pf.-Beiträge (10 Pf. und 30 Pf.), damit ihr Anrecht auf die Invalidenunterstützung keine Unterbrechung erfährt.

In bezug auf die Beitragsleistung steht der Erweiterte Beirat auf dem Standpunkt, daß dem im August in Dortmund abzuhaltenden Verbandstag nicht vorgegriffen werden soll. Dem Verbandstag fällt die Aufgabe zu, das Beitrags- und Unterstützungsweesen des Verbandes mit den Zeitverhältnissen in Übereinstimmung zu bringen, die Leistungsfähigkeit insgesamt durch Anpassung der Leistungen des Verbandes an die gegenwärtigen Beiträge der Mitglieder zu sichern. Bis dahin soll der Vorschlag des Vorstandes (veröffentlicht in der Metallarbeiter-Zeitung Nr. 5) Geltung haben.

## Zu dem Versuch zur gewerkschaftlichen Einheit

Von einem alten Mitglied des DMV wird uns geschrieben: Mit besonderer Freude habe ich die Ansätze in der MZ über „Verstärkung durch Vereinigung“ gelesen. Vorläufig scheint das ein Versuch ein zutreffendes Objekt zu sein. Doch die Zeit kommt einmal, wo die immer schärfer werdenden Kämpfe die Hirsch-Deutscheren sowie die christlichen Gewerkschaftsmitglieder sich gezwungen sehen, über ihre konservativen Führer hinwegzugehen und das zu machen, wozu sie als leidende und denkende Menschen verpflichtet sind. Oder sie verzinken in Nichts.

Erinnerungen aus früheren Zeiten tauchen wieder auf, wenn man die ablehnenden Begründungen von beiden Organisationen betrachtet. Es ist das alte Lied, nichts hat sich im Text noch an der Melodie verändert. Nur eins wird sich dort verändern, indem sie von Tag zu Tag immer bedeutungsloser werden. Sondern müht es einem an, wenn im Jahre des Unheils 1932 die Führer einer Organisation, die aus Arbeitern besteht, den Klassenkampf ablehnen. Haben diese Leute nichts aus der Geschichte gelernt? Wer hat denn die Klassen geschaffen? Etwas die freien Gewerkschaften? Glauben die Führer der Hirsch-Deutscheren Gewerkschaften wirklich noch wie vor vierzig Jahren an die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit? Das ist keine Gleichheit. Hier werden politische und persönliche Dinge miteinander. Mithin wird der Vorschlag zur Einigkeit der Arbeiterschaft abgelehnt. Es wird weitergewandelt — solange es eben geht.

Die Antwort der Führer der christlichen Arbeiter mutet einem an, als wenn ein Wagen über ein holpriges Straßenpflaster führe. Würden die freien Gewerkschaften gelb schillern, dann wäre die Einigkeit sofort perfekt. Es braucht nur an den Anschluß des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes an die Christliche Gewerkschaftszentrale erinnert werden, dem das „Standesbewußtsein“ derartig in den Gliedern liegt, daß er es nach der Höhe des Stebkragens bemißt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Gründung der christlichen Gewerkschaften nicht dem eigenen Triebe entsprang, wie die der freien Gewerkschaften, sondern ein Angstprodukt der Zentrumsparterie war.

Sehen wir uns den heutigen Zustand an, wie das Großunternehmertum Millionen ausgibt, um sich eine Prätorianergarde zur Bekämpfung der Gewerkschaften zu schaffen. Sollte dieses wirklich nicht beherzigt werden? Es ist kaum glaublich, daß man in den führenden Kreisen der christlichen Organisationen an staatliche Zwangsorganisationen denkt. Vielleicht finden sie mit dieser Idee Anschluß bei den Nazis. Ob dieses alle christlichen Gewerkschafter mitmachen, ist eine andere Frage. Fr. G.

## Paul Umbreit †

Am Morgen des 22. März wurden wir von der Hiobpost überrascht, daß Paul Umbreit, der Schriftleiter der Gewerkschaftszeitung, einem Herzschlag erlegen sei. So plötzlich hat der Tod selten in ein Leben eingegriffen. Denn nicht lange vorher waren wir mit Umbreit noch zusammen, hörten wie so



oft seinem witzigen Wort zu, wollten uns bald wieder treffen, und niemand dachte auch nur im entferntesten daran, daß es das letzte Treffen mit dem 63jährigen sein sollte.

Mit Umbreits Tod drängt sich unwillkürlich eine lange Reihe eindrucksvoller Bilder vor das geistige Auge, die eindrucksvollsten wohl aus der Frühzeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Was uns heute so einfach, so selbstverständlich dünkt, mußte damals in hartem Streite durchgesetzt werden. So die Generalkommission der Gewerkschaften und ihre Zeitung, das Correspondenzblatt. Es war ein Jahrzehnt lang von Carl Legien so nebenbei hergestellt worden. Im Frühjahr 1900 lasen wir zu unserem freudigen Erstaunen am Kopfe des Blattes, daß es einen besonderen Redakteur, Paul Umbreit, bekommen habe. Die Anstellung eines besonderen Redakteurs für das damals sehr kleine Blatt zeugte von unverwundlichem Vertrauen in die Zukunft der Bewegung. Alle Kreise, vor allem die, die der Generalkommission und ihrem Blatte nicht grün waren, verfolgten aufmerksam die Tätigkeit des neuen Mannes. Ihre Neugierde brauchte nicht lange zu warten. Der neue Redakteur griff beherrschend in die Seiten. Zunächst baute er die Berichterstattung aus. Dadurch wurde das Blatt für jeden, der einen Überblick über das Tun und Streben der gesamten Gewerkschaftsbewegung haben wollte, eine Unverzichtbarkeit. In den Gewerkschaftsbüros des Auslandes wurde es noch eifriger als in Deutschland selbst gelesen. Bald hatte sich das kleine Blatt einen großen und aufmerksamen Leserkreis verschafft. Vor ihm wurde immer mehr die vielgestaltige Frage der Sozialpolitik ausgebreitet.

Sozialpolitik? Das war damals noch ein ziemlich unklarer Begriff, jedenfalls ahnten erst wenige ihre ganze Bedeutung für die Arbeiterschaft. Nur ein mit Bienenfleiß ausgestatteter Mann konnte diese neue und trockene Sache bekannt und fesselnd machen. Dazu war Paul Umbreit wie geboren. Beim Durchblättern der vergilbten Nummern des Correspondenzblattes wird man unzählige Aufsätze finden, die von ihm selber geschrieben oder angeregt worden sind. Das geschah indessen keineswegs nur im Correspondenzblatt, sondern in mancher anderen Gewerkschaftszeitung. An unserer Metallarbeiter-Zeitung hat Umbreit früher regelmäßig mitgearbeitet. Er schrieb für sie meist recht lange Aufsätze, weil er, wie er einmal meinte, gründlich sein müsse. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß Umbreit einer der eifrigsten und erfolgreichsten Förderer der Sozialpolitik war.

Mit dem Anstieg der Gewerkschaftsbewegung breitete sich Umbreits Tätigkeit immer weiter aus. Das uns allen so vertraute Correspondenzblatt wurde in die Gewerkschaftszeitung umgewandelt. In ihr setzte Umbreit seine Tätigkeit unverdrossen fort. Zu den vielen Aufsätzen fügte er Bücher, in vielen Sitzungen und Kongressen war er der Hauptredner sozialpolitischer Forderungen. Auf dem Kölner Kongress (1905) sprach er über Arbeiterkammern, sechs Jahre später zu Dresden über Arbeitslosenunterstützung, 1919 in Nürnberg über Sozialisierung. Viele Arbeiter lernten ihn persönlich als Lehrer der Gewerkschaftsschule kennen und schätzen. Seit dem Bestehen des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates gehörte er diesem als zifriger Mitarbeiter an.

Nun ist der Tod, der Überbittliche, diesem unermüdeten Anwalt der Arbeiterschaft die Feder aus der Hand genommen und den Mund für immer verschlossen. Obwohl wir ihn nicht mehr hören können, wird er noch lange zu uns sprechen und unser Tun beeinflussen durch seine Schriften. Der großen Anzahl von einstigen Schülern der Gewerkschaftsschule wird er zeitweilig lebendig vor den Augen stehen. Wer sein Leben so reslos und reslos für die Sache der leidenden Menschheit genutzt hat, der wird in ihrer Erinnerung lange fortleben und gepriesen werden von Geschlecht zu Geschlecht. Im sei gedankt! Er ruhe sanft! F.K.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750 - 6753

Mit Sonntag, dem 3. April, ist der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. April 1932 fällig.

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigelegt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeitsort wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisherigen Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumelden. Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, können von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenommen werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reisegehalt ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an die frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist stets Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendung durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen zu Lasten des betreffenden Mitgliedes.

## Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten!

Nach Rotterdam, Schiffswerft und Maschinenfabrik P. Smit Jr. (Streik).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

## Verbandsanzeigen

Der Lokführer Arthur Stanke, bei der Maschinenabfertigung nach Belgien und Frankreich vom Januar bis Juni 1919 mit dem Lokheizer Adolf Koopmann im Gefängnis Lüttich inhaftiert, wird in einer Versorgungssache als Zeuge gesucht.

Ortsverwaltung DMV Glückstadt, Königstr. 43.

Dreher Hermann Schulze, Buchnummer 5882 989, geb. 21. August 1912, wird gesucht. Mitteilung an DMV Bremen, Nordstraße 45.

Halberstadt. Lokalgeschenk wird nicht mehr gezahlt.

## Wer ist Vertreter des Arbeitgebers?

Eine Stadtgemeinde führt eines ihrer Werke in Form einer GmbH. Sämtliche Geschäftsanteile sind im Besitz der Stadt. Ein Betriebsratsmitglied dieses Werkes wurde eines Tages im Verlauf eines Streits tätlich gegen einen städtischen Beamten, der in der GmbH die Stadt als Inhaberin der Geschäftsanteile vertrat. Es wurde daraufhin unter Berufung auf § 123 Ziff. 5 der Gewerbeordnung (wegen Tätlichkeiten gegen einen Vertreter des Arbeitgebers) fristlos entlassen. Das Reichsarbeitsgericht erklärte am 30. September 1931 (RAG 86/31) die Entlassung für unberechtigt. Arbeitgeber sei die GmbH, nicht die Stadtgemeinde, auch wenn diese sämtliche Geschäftsanteile im Besitz habe. Vertreter der GmbH seien aber ihre Geschäftsführer sowie Personen, deren sich diese zur Leitung und Beaufsichtigung der Arbeiter bedienen. Der städtische Beamte sei aber weder Arbeitgeber noch dessen Vertreter, so daß wegen Tätlichkeiten gegen ihn eine Entlassung nicht auf § 123 Ziff. 5 der Gewerbeordnung gestützt werden und fristlos ausgesprochen werden könne.

## Fritz Schönduwe †

Nach langer Krankheit verschied am 16. März unser lieber Kollege und langjähriger 1. Vorsitzender Fritz Schönduwe. Er hat nur ein Alter von 48 Jahren erreicht. 29 Jahre hat er seine volle Kraft in den Dienst unseres Verbandes gestellt und somit getan, was ihm nur möglich war, um sein großes Kultur- und Menschheitsziel zu verwirklichen. Langjährig war er in der Ortsverwaltung tätig; seine Kameradschaftlichkeit und seine Verbandsstreue verschafften ihm das hohe Ansehen, das er in Kollegenkreisen genoß. Sein Name wird in der Kollegenschaft unvergessen bleiben.

## Jubilare

Vor rund 25 Jahren nahm unser Verband einen überraschenden Aufschwung. Das löste die Gegenbewegung der Unternehmer aus, die mit ihrem Geld die Gelben hochzogen und durch Aussperrungen den Metallarbeiter-Verband zu zerstören trachteten. Der Verband mußte damals Kräfte anstellen, um allen Anforderungen genügen zu können. Diese Kollegen begannen ihr Wirken in einer Zeit, die der heutigen verdammt ähnlich sah, und sie stehen heute noch auf ihrem verantwortlichen Posten. Am 1. April feiern die Kollegen Alexander Sutor (Frankfurt a. M.) und Berthold Wassermann (Hannover) ihr 25jähriges Dienstjubiläum.

## Alexander Sutor

war von Beruf Former und stammte aus Herborn. Sein Weg führte ihn nach Frankfurt, wo er bald mit der Arbeiterbewegung in Berührung kam. 1902 trat er als Mitglied unserem Verband bei und betätigte sich von diesem Tage an ehrenamtlich für den Verband. Viele Jahre übte er das undankbare Amt eines Hauskassierers aus, später wirkte er als Bürobeamter. Sutor ist ein fleißiger, gewissenhafter Kollege, der sich das Vertrauen seiner Kollegen im vollsten Maße verdient hat. Der 57jährige erfreut sich guter Gesundheit.

## Berthold Wassermann

ist 1868 in Rostock geboren und kam in jungen Jahren nach Hannover, wo er in Metallbetrieben als Hilfsarbeiter Arbeit fand. 1897 trat er in Linden dem Deutschen Metallarbeiter-Verband als Mitglied bei. Als Ein- und Hauskassierer hat er die vielen Jahre unserem Verband gewissenhaft und treu und mit vollem Erfolg gedient.

Wir wünschen den Jubilaren auch an dieser Stelle das Beste für ihr ferneres Leben. Möge ihnen noch lange die Kraft beschieden sein, für die sozialen und kulturellen Ziele der Arbeiterklasse zu wirken.

# Sitzung des Erweiterten Beirats

Wichtige taktische und organisatorische Fragen bewegen den Verbandsvorstand, den Erweiterten Beirat zum 21. und 22. März nach Berlin zu rufen. Im Vordergrund der Verhandlungen standen der Verbandstag, die Finanzlage des Verbandes sowie der Ablauf der Tarifverträge, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 bis zum 30. April verlängert worden waren.

In seiner Eröffnungsrede verweist der Vorsitzende Brandes auf die Wahl des Reichspräsidenten und deren Auswirkungen. Die Disziplin der Arbeiter war bewundernswert und ihre Abstimmung eine politische Tat, die ihren Eindruck nicht verfehlen werde. Die politische Vernunft habe am 13. März einen großen Sieg errungen. Dieser müsse sich am 10. April steigern. Auch bei den Wahlen für verschiedene Landtage, insbesondere bei den Preußenwahlen am 24. April müßten die Metallarbeiter für die Erhaltung der demokratischen Republik eintreten, um nicht der äußersten Reaktion zum Siege zu verhelfen.

## Die Finanzlage des Verbandes und die Beiträge und Unterstützungen desselben

werden vom Hauptkassierer Schott umfassend besprochen: Nach der Vierten Notverordnung mit ihrem beträchtlichen Lohnabbau sind von vielen Mitgliedern Anfragen an den Vorstand gerichtet worden wegen einer Herabsetzung der Beiträge. Der Vorstand hat ernsthaft geprüft, wie dem Verlangen der Mitgliedschaft Rechnung getragen werden kann. An eine allgemeine Herabsetzung der Beiträge konnte im Hinblick auf die ungeheure Belastung des Verbandes nicht gedacht werden. Man hätte die Erwartung Tausender von Mitgliedern schwer enttäuschen müssen, die auf Grund ihrer Beitragsleistung Anspruch auf Unterstützung besitzen. Der Redner verweist auf den Vorschlag des Vorstandes in Nr. 5 der MZ, der fast einmütigen Beifall fand. Die Mitglieder haben die schwierige Lage des Verbandes in vollem Maße begriffen, die meisten sind in der bisherigen Beitragsklasse geblieben. Der Vorstand hat sich entschlossen, mit allen Unterstützungsarten bis zum Verbandstag durchzuhalten und nur einen vorbeugenden Beschluß gefaßt.

Die Aussprache wird bestritten von Köhler (Königsberg), Kaulfers (Magdeburg), Schulenburg (Karlsruhe), Weh (Köln), Baßler (Heilbronn), Wunderlich (Altenburg), Händel (Dresden), Glade (München), Hedtstück (Gevelsberg), Weber (Offenbach), Donath (Dessau) und Tunkowski (Berlin).

Schott geht in seinem Schlußwort auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein und trägt den vorgebrachten Bedenken Rechnung. Der vom Vorstand nach eingehender Debatte vorgelegte Vorschlag fand einmütige Zustimmung des Erweiterten Beirats. Wegen seiner Wichtigkeit wird über diesen Punkt der Tagesordnung in dem Spitzenaufsatz auf Seite 82 dieser Nummer besonders berichtet. Die Mitglieder sind ausdrücklich auf diese Darstellung verwiesen.

Der Vorsitzende Reichel spricht nun über

## Die Wahlen zum Verbandstag und dessen Abhaltung

In letzter Zeit, so führt der Redner aus, ist im Hinblick auf die Not der Zeit eine Verschiebung des in diesem Jahr fälligen Verbandstages erörtert worden. Der Vorstand hält die Abhaltung für notwendig, eine Reihe taktischer Maßnahmen und neue Probleme sind zu besprechen, und überdies muß der Verbandstag zur Finanzlage des Verbandes sowie zu den Unterstützungen Stellung nehmen. Auch die Verlegung des Verbandstages von Dortmund nach Berlin behufs Einsparung von Fahrgehalt wurde besprochen. Die einzusparende Summe rechtfertigt eine Verlegung des Tagungsortes nicht, auch könnte eine zweite Verlegung von den Kollegen im westfälischen Gebiet als unfreundliche Handlung angesehen werden. Um zu sparen, soll die Tagung auf vier Tage eingeschränkt und nötigenfalls mit Abend-sitzungen die Tagesordnung erledigt werden. Der Beirat stimmt diesen Vorschlägen zu. Die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt. (Siehe die Spitzennotiz auf der ersten Seite dieser Nummer.)

Die Wahlordnung sieht vor, daß in selbständigen Wahl-Abteilungen eine Vertreterversammlung beschließen kann, daß von einer Urwahl Abstand genommen und die Wahl der Abgeordneten durch die Vertreterversammlung vorgenommen wird. Zu diesem Beschluß ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Die Frage, ob unter allen Umständen eine Urwahl stattfinden muß, hat schon den Verbandstag in Berlin im Jahre 1930 beschäftigt. Damals sind Vorstand, Beirat und Ausschuß beauftragt worden, „die Rechtslage zu prüfen“, das heißt zu untersuchen, ob ein Verstoß gegen das Statut vorliegt, wenn die Abgeordneten in Vertreterversammlungen gewählt werden. Die große Mehrheit der Beteiligten ist mit dem Vorstand darin einig, daß die veränderten Zeitverhältnisse berücksichtigt werden müssen und daß die oben erwähnte (neue) Bestimmung für das Verfassungsleben der Organisation günstig und auch geeignet ist, große Kosten zu sparen. Dem kommenden Verbandstag soll anheimgegeben werden, in dieser Frage volle Klarheit zu schaffen.

Nach eingehender Aussprache wird die vorgelegte Wahlordnung gegen zwei Stimmen angenommen. Nach § 35 Abs. 6 des Statuts nimmt u. a. der vierte Teil der auf den Bezirks-konferenzen gewählten Vertreter des Erweiterten Beirats mit beratender Stimme am Verbandstag teil. Bestimmt werden dazu die Kollegen Holz (Berlin), Gubatz (Bielefeld), Riedel (Breslau), Richter (Aue), Matthias (Eisenach), Demtröder (Witten), Weber (Offenbach), Schulze (Bremen), Weise (Hildesheim), Glade (München) und Baßler (Heilbronn). Die nach § 36 Abs. 10 des Statuts zu wählenden Mitglieder der Statutenberatungskommission sind: Bernard (Frankfurt), Heide (München), Baßler (Heilbronn) und Matthias (Eisenach). — Über

## Die Aufgaben des Krisenkongresses

spricht Sekretär Metz: Das Arbeitsbeschaffungsproblem beherrscht die Welt. Unsere vordringlichste Aufgabe ist die Beschaffung von Arbeit und Brot, und diese Aufgabe muß endlich praktische Gestalt erlangen. Worte sind genug gewechselt, die Arbeitslosen wollen Taten sehen. Die Verschiebung des Kongresses auf den 13. April ist hauptsächlich aus dem Grunde erfolgt, damit die Minister und der Reichskanzler daran teilnehmen können. Es muß dem Kabinett direkt gesagt werden, daß es sich zu große Zurückhaltung in der Arbeitsbeschaffung auferlegt. Das Reich hat den Banken geholfen, es hat den Reedereien 77 Millionen zukommen lassen und es muß jetzt auch den Arbeitslosen helfen. Es gibt eine Reihe von Arbeiten, die ohne Gefährdung der Währung durchgeführt werden können. Von Reichsbahn und Post ist zu fordern, daß sie notwendige Arbeiten ausführen lassen. Straßenbauten, Meliorationen, Haus-reparaturen können in Angriff genommen werden. Aber mit allen diesen Arbeiten ist nur eine schwache Linderung des Arbeitslosenleids zu erreichen. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden. Das ganze kapitalistische System muß umgebaut werden. Nur mit dessen Beseitigung kann man auf die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit hoffen.

Der Redner behandelt in Verbindung mit den Eisenpreisen und den Avi-Vergütungen die Ausfuhrmöglichkeiten der deutschen Maschinenindustrie, verweist auf die Zollmaßnahmen und Einfuhrverbote fast aller Exportländer und betont, daß jede neue Exportdrosselung neue Tausende von Arbeitslosen bringt. Der Redner behandelt noch eingehend die geplanten Reformen in der Sozialgesetzgebung und schließt: Wir dürfen nicht ruhen

und nicht rasten, bis das Kabinett Brüning aus seiner passiven Haltung herausgedrängt ist.

Schäfer (Leipzig) verweist darauf, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auch einigen hunderttausend Mann Arbeit bringen wird und wünscht einen stärkeren Nachdruck für die Einführung der Vierzigstundenwoche. Baßler (Heilbronn) ergänzt die Ausführungen des Kollegen Metz über die Reform der Arbeitslosenversicherung und verweist darauf, daß weder die Länder noch die Amtskörperschaften und Gemeinden Mittel zur Bezahlung zusätzlicher Arbeiten besitzen. Ulrich (Berlin) vermißt eine Erörterung der verschiedenen Arbeitsbeschaffungspläne und deren Erfolgsaussichten. Schulenburg (Karlsruhe) meint, daß nur durch Erfolge in der Außenpolitik, insbesondere durch Verständigung mit Frankreich, eine Gesundung der Lage Deutschlands möglich ist.

## Der Tarifablauf im ganzen Verbandsgebiet

Dazu führt Vorsitzender Brandes aus: Die Zahl der Arbeitslosen in der Metallindustrie ist im letzten Monat nochmals gewachsen und der DMV zählt jetzt 44,4 vH Arbeitslose und 30,5 vH Kurzarbeiter. Bei den Kupferschmiedern sind 61 vH arbeitslos, bei den Maschinisten 27,1 vH. Diese Zahlen zeigen die Trostlosigkeit der Wirtschaftslage und damit gleichzeitig die Verminderung der Kampfkraft des Verbandes.

Am 30. April laufen nun alle durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 verlängerten Tarife ab, und die Unternehmer sind eifrig am Werk, um diese „für sie günstige“ Gelegenheit auszunützen. Die Unternehmer haben auch aus der letzten Zeit nichts gelernt, obgleich diese deutlicher wie jemals vor Augen führte, daß jeder Lohnabbau eine weitere Einschumpfung der Produktion mit sich bringt.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in einer Kundgebung die Beseitigung der Tarifverträge gefordert und andere Unternehmergruppen sind sehr lebendig, um das RAM in der Richtung zu beeinflussen, daß künftige Tarifabschlüsse nur noch auf freier Vereinbarung erfolgen sollen. Bei den unerschämten Abbauforderungen der Unternehmer kommen Vereinbarungen nicht zustande. Die Unternehmer wollen damit ihr Ziel der Zerschlagung der Tarife und der brutalen Herabsetzung der Löhne auf jeden Fall erreichen. Daß die Schlichter mit einem weiteren Lohnabbau rechnen, beweist ein kürzlich gefällter Schiedsspruch des Schlichters für Südwestdeutschland. Der Reichsarbeitsminister kann seinen jetzigen Standpunkt unmöglich aufrechterhalten, dies um so weniger, als die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter sich nicht so gestaltet haben, wie dies der Reichskanzler Brüning in dem bekannten Brief an den Vorsitzenden Wels der SPD voraussagte.

Brandes erläutert die taktischen Maßnahmen, die in den nächsten Wochen von den Bezirksleitern und Ortsverwaltungen ergriffen werden müssen, um den Plänen der Unternehmer zu begegnen. In der Lohnfrage ist längst die Grenze überschritten, die die Metallarbeiter als dringendes Erfordernis für ein halbwegs erträgliches Leben betrachten. Der Verband ist immer noch stark genug, um in allen Fällen brutale Willkürakte abzuwehren. Die Vierzigstundenwoche muß im Vordergrund der Erörterungen bleiben, ihre Einführung kann wesentlich zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen und es muß in allen Fällen, wo infolge einer Besserung der Wirtschaftslage eine Verlängerung der Arbeitszeit in Betracht kommt, die Vierzigstundenwoche gefordert werden.

Mit dem Spuk der Diktaturförderung muß aufgeräumt werden. Deutschland braucht Ruhe. Die Unsicherheit der politischen Situation verhindert die Wiederkehr des Vertrauens in

Deutschlands Wirtschaft. Vertrauen aber ist erste Voraussetzung für Kredite. Diese wiederum sind Vorbedingung für eine Besserung der Wirtschaftslage und Hand in Hand damit einer Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Der Vorsitzende Reichel berichtet über Verhandlungen des ADGB mit dem RAM in der Frage der Verlängerung der Tarifverträge und der Verbindlichkeitsklärung von Tarifen. Für die Bauberufe und die Baunebengewerbe lehnt der Reichsarbeitsminister Stegerwald eine Verbindlichkeitsklärung solange ab, bis das Verhältnis zwischen Löhnen der Industrie und den genannten Berufen wiederhergestellt sei, das vor dem Kriege bestand. Der Minister will seine Einstellung zu den Tariflöhnen und zur Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen nach den Osterferien in einer öffentlichen Wahlversammlung bekanntgeben.

In der Aussprache nehmen das Wort: Bredow (Berlin), Fischer Danzig, Dichtl (Mannheim), Schäfer (Leipzig), Beisenbruch (Oberhausen), Pichler (Mainz), Weh (Köln), Schulenburg (Karlsruhe). Bredow und Schäfer verlangen vom ADGB ein energischeres Vorgehen, die Zeit der diplomatischen Verhandlungen sei vorbei. Pichler will eine Beseitigung der kurzen Lieferfristen bei Aufträgen, um die damit verknüpften Überstunden zu beseitigen; Weh und Schulenburg schlagen in der Urlaubsfrage eine andere Regelung vor, Beisenbruch fordert eine Verknüpfung der Arbeitszeitfrage mit den Russenaufträgen und achtstündige Arbeitszeit in allen Zweigen der Hüttenindustrie.

Nach einem kurzen Schlußwort von Brandes kommen zur Annahme folgende

## Entschlüsse:

1. „Der Erweiterte Beirat beauftragt den Vorstand, erneut von der Reichsregierung die schleunige gesetzliche Durchführung der 40stündigen wöchentlichen Arbeitszeit für sämtliche Zweige der erzeugenden und verarbeitenden Eisen-, Stahl- und Metallindustrie zu fordern, da sie im Hinblick auf die ungeheure Massenarbeitslosigkeit in der genannten Industrie zu einem zwingenden Erfordernis geworden ist.“

2. „Der Erweiterte Beirat stellt fest, daß der Preisabbau, den die Regierung bei ihrem Lohnabbau in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 versprochen hatte, völlig ungenügend durchgeführt worden ist. Der Beirat bezeichnet es als eine unerhörte Provokation der gesamten Arbeitnehmerschaft, wenn maßgebende Unternehmerführer unter dem Deckmantel der Wiederherstellung freier Entwicklungsmöglichkeit in der Industrie neue Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen fördern.“

Der Erweiterte Beirat verlangt von der Regierung, daß sie solche Forderungen energisch zurückweist und ihr der Arbeiterschaft gegebenes Versprechen einlöst.“

Zur Besprechung kommen noch folgende Punkte: Ein Vorschlag des Bergarbeiter-Verbandes zur Organisation der Unorganisierten in einem besonderen Verband. Der Beirat billigt einmütig die ablehnende Haltung des Vorstandes zu diesem Vorschlag. — Die von einer Stelle vorgeschlagene Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung und die Übernahme dieser Unterstützungen durch die Gewerkschaften (nach der Art des Genter-Systems) wird gleichfalls abgelehnt. — In der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes hat der Vorstand den Standpunkt eingenommen, daß diese Einrichtung abgelehnt werden muß, wenn eine Gefahr für die tariflichen Arbeitsverhältnisse damit verknüpft ist.

In einem kurzen Schlußwort betont der Vorsitzende Reichel, daß die Anstrengungen zur Bekämpfung der politischen Reaktion verdoppelt werden müssen, um damit die Fundamente der Organisation zu verstärken.

# Schwierigkeiten deutscher Spezialisten

Es mehren sich die Reibungen zwischen deutschen Spezialisten und den sowjetrussischen Wirtschaftsbehörden. Letztere sind in sehr zahlreichen Fällen dazu übergegangen, die deutschen Spezialisten vor die Frage zu stellen, entweder einen neuen Vertrag, der keine Gehaltszahlungen in ausländischer Valuta vorsieht, abzuschließen, oder unter Auszahlung einer geringen Abfindungssumme sofort entlassen zu werden. In vielen Fällen ist auch einfach Entlassung unter Zahlung einer Entschädigung ausgesprochen worden, und zwar dann, wenn offenbar bei der Behörde der Wunsch vorherrschend war, den Spezialisten kurzerhand abzustufen. Die Sowjetbehörden stützen sich bei diesem Vorgehen auf einen Paragraphen (§ 17) des Typenvertrages, den man als „Katastrophenparagraphen“ bezeichnen kann und der ein ähnliches Verfahren nur in äußersten Ausnahmefällen vorsieht. Die Auslegung, die diesem Paragraphen jetzt russischerseits gegeben wird, ist offensichtlich vollkommen tendenziös, denn wohl kein deutscher Spezialist wäre nach Rußland gegangen, wenn er gewußt hätte, daß er eines Tages mit einer geringen Abfindung Knall und Fall entlassen werden kann.

Verschärft wird die Lage in einzelnen Fällen noch dadurch, daß den Spezialisten ganz kurze Fristen, etwa acht Tage, zur Entscheidung gelassen werden, nach deren Ablauf sie entweder einen neuen Vertrag unterzeichnen oder die Rückreise nach Deutschland antreten müssen, da ihnen durch die Wirtschaftsbehörden Wohnung und Bezugskarten entzogen werden.

In den letzten Tagen ist infolge dieser Vorgänge bereits eine ganze Reihe von deutschen Spezialisten nach Deutschland zurückgekehrt. Das sind insbesondere ältere Leute, die in Deutschland Frauen und Kinder, für die sie sorgen müssen, haben, und die bei Fortfall von Gehaltszahlungen in Valuta nicht mehr die Möglichkeit haben, für Frauen und Kinder in Deutschland aus Rußland Geld zu überweisen.

Diese höchst unerfreulichen Vorgänge sind auf zwei Umstände zurückzuführen: 1. darauf, daß in der Sowjetunion zur Zeit sehr großer Mangel an ausländischer Valuta herrscht, 2. darauf, daß die Gegnerschaft der russischen Spezialisten den Ausländern gegenüber sich in letzter Zeit erheblich verschärft hat. Der Valutamangel zwingt die Sowjetregierung zu äußerster Sparsamkeit sowohl beim Einkauf ausländischer Waren wie bei valutarischen Auszahlungen an ausländische Facharbeiter. Wenn man sich diesen objektiven Gründen einer Einschränkung oder sogar Einstellung der Gehaltszahlungen in Valuta auch nicht verschließen darf, so muß doch die Art und Weise, wie die deutschen Techniker ihrer Ansprüche verlustig gemacht werden, als überaus peinlich empfunden werden.

Für die deutsch-russischen Beziehungen ist aber die infolge der allgemeinen Ausländerfeindlichkeit in der Sowjetunion sich herausbildende Gehässigkeit deutschen Facharbeitern gegenüber noch viel schlimmer als die Entziehung valutarischer Gehaltszahlungen. Wenn es tatsächlich dazu kommen sollte, daß infolge eines unfreundlichen Verhaltens der russischen Techniker Deutsche ihre Stellungen in Rußland aufgeben müssen oder man ihnen das Leben verbittert, so wäre damit ein wichtiger Antrieb zur Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu der Sowjetunion zweifellos lahmgelegt. Wir haben natürlich das allergrößte Interesse — besonders in der gegenwärtigen Notlage —, daß ein Teil unserer beschäftigungslosen Techniker in der Sowjetunion unter erträglichen Bedingungen dauernd Arbeit findet.

Übrigens richten sich diese Gehässigkeiten nicht etwa nur gegen die Deutschen, sondern gegen sämtliche Ausländer, darunter auch gegen die Amerikaner, denen vielfach

Verträge in der oben gekennzeichneten Weise gekündigt worden sind. Offenbar ist man, abgesehen von den Valutaschwierigkeiten und der gefühlsmäßigen Abneigung gewisser Kreise gegen Ausländer, in der Sowjetunion vielfach der Meinung, daß man schließlich auch ohne die Ausländer auskommen könnte — nachdem sie geholfen haben, die Betriebe in Gang zu bringen. Das dürfte allerdings wohl nicht die Meinung der einsichtigen Wirtschaftsführung sein, denn ohne ausländische technische Hilfe würde die Industrialisierung der Sowjetunion sehr bald ins Stocken geraten müssen.

## Arbeiterlos im faschistischen Paradies

Trotz aller Regierungskünste ist auch in Italien eine dauernde Verschlechterung festzustellen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 749 744 auf 878 267. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist aber bedeutend höher und dürfte bei etwa 1,2 Millionen zu suchen sein. Von den 900 000 amtlich erfaßten Arbeitslosen bekommen nur 250 000 die Arbeitslosenunterstützung, die übrigen dürften, da die Unterstützung nur für kurze Zeit bezahlt wird, schon ausgesteuert sein. Ein ungeheures Elend herrscht, da selbst für die Unterstützten die Existenz nicht gewährleistet ist, geschweige denn für die Hunderttausende, die ohne jegliche Unterstützung auskommen müssen.

Die Löhne und Arbeitsbedingungen sind durch die faschistischen Arbeitsorganisationen wesentlich verschlechtert. So wird zum Beispiel berichtet, daß für die Landarbeiter seit dem Jahre 1927 die Löhne um durchschnittlich 28,5 vH gesunken sind. Die Lohnkürzung betrug in Emilia 38 vH, in den Provinzen Mailand, Pavia und Cremona 45—50 vH. Die steigenden Lebensmittelpreise tun ein übriges, so daß ohne den Arbeitszwang — in Italien ist die Freizügigkeit der Arbeiter aufgehoben — kein Gutsbesitzer Arbeiter bekommen würde.

In den österreichischen Reststaaten, Österreich, Jugoslawien und der Tschechoslowakei, sind dieselben Schwierigkeiten zu beobachten. Der einzige Staat, der Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchzuführen sucht, ist die Tschechoslowakei, wo durch Gesetz die 40stündige Arbeitswoche eingeführt werden soll. Die Unternehmer wehren sich jedoch auf das allerheftigste gegen diese Maßnahmen, so daß ein Erfolg des Sozialministeriums noch nicht gewährleistet ist.

## Luftverkehr nach Südamerika

Man traut seinen Augen kaum, wenn man liest, daß am 20. März, 0,30 Uhr, ein Luftschiff in Friedrichshafen am Bodensee abfahren und am Dienstag, dem 22. März, 23,30 Uhr, in Pernambuco (Brasilien) eintreffen soll. Das Luftschiff verkehrt dann weiter in Abständen von 14 Tagen auf dieser Strecke hin und zurück. Daß man glaubt, die Abfahrt und die Ankunft einer 5000-Kilometerstrecke über See auf die Minute mitteilen zu können, beweist, daß die Luftschiffahrt bereits eine hohe technische Vollkommenheit erreicht hat. Die Kraftreserve der Motoren ist der Sicherheitsfaktor, mit Hilfe dessen die Pünktlichkeit garantiert werden kann. Der Fahrpreis zwischen Deutschland und Brasilien ist von 2000 Dollar im Vorjahr auf 475 Dollar in diesem Sommer herabgesetzt worden. Damit ist ein Fahrpreis erreicht, der auch Geschäftsreisen möglich macht. Eine Luftreise nach Südamerika ist kaum teurer als ein Taxi-auto in jeder größeren Stadt. Dazu kommen noch Verpflegung und Unterkunft. Der Luftfahrplan im überseeischen Verkehr übermittelt uns die Tatsache, daß die Vervollkommnung des internationalen Verkehrs immer weitere Fortschritte macht.

# CLUB enthält

ausser ost-mazedonischen Maxoul- und Ova-Tabaken noch echten Smyrna und Samsoun! Und diese Mischung sollte nicht auch sehr verwöhnte Raucher entzücken?



Taschen-Packung: 3 Stück 10 Pfg. • Schlebe-Packung: 6 Stück 20 Pfg. • Karton-Packung: 12 Stück 40 Pfg

## Vorsicht mit dem freiwilligen Arbeitsdienst!

Als die bekannte Brauns-Kommission sich mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht befaßte, erhob sich gerade in den Reihen der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ein Abwehrsturm. Die Arbeiterbewegung hatte richtig erkannt, daß die „Arbeitsdienstpflicht“ nicht nur einen verdeckten militaristischen Charakter trägt, sondern auch in lohnpolitischer Hinsicht von der Arbeiterschaft zu verneinen sei. Die Brauns-Kommission kam dann zu dem Ergebnis, daß für die große Zahl Dienstpflichtiger (500 000) genügende Arbeitsmöglichkeiten nicht beschafft werden können. Die „Arbeitsdienstpflicht“ fiel ins Wasser.

Heute aber wird ein Ableger, der Freiwillige Arbeitsdienst, propagiert. Die Landesarbeitsämter empfehlen und unterstützen ihn sogar. Als Förderungsbeitrag gewährt die Reichsanstalt 2 M je Tag. Und das auffallende hierbei ist, daß das sozialreaktionäre Unternehmertum der Einführung des Freiwilligen Arbeitsdienstes freundlich gegenübersteht. Auch nationalistische Organisationen wie Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Pfadfinder usw. haben die Parole des Freiwilligen Arbeitsdienstes begeistert aufgenommen. Gerade letzteres muß uns aufhorchen lassen. Tragen sich doch schon seit langem die genannten Bünde mit dem Gedanken, in sogenannten Arbeitslagern Jugendliche aus allen Kreisen zusammenzufassen. Man betont, daß der Akademiker mit dem Handarbeiter in treuer Kameradschaft Dienst am Volke tun soll. Hier taucht der Gedanke der Volksgemeinschaft in veränderter Form wieder auf. Das bedeutet, daß der junge Mensch aus dem Proletariat, der mit seinen 17 bis 20 Jahren noch keinen allzu großen Bildungsgang hinter sich hat, den gewiegten Phrasen der Rechtsradikalen ausgesetzt ist. Jugend läßt sich leiten und führen. Wer will den Demagogen in den Arbeiterlagern entgegen-treten. Und täuschen wir uns nicht, diese Einrichtung wird eine verkappte militärische Organisation sein. Die Formen lassen darüber keinen Zweifel.

Der Arbeitswillige bekommt den Tag 2 M, das macht in der Woche 12 M. Angesichts der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein lockendes Angebot. Wie viele Jugendliche gibt es, die überhaupt keine Unterstützung bekommen. Aber dieses „Einkommen“ dürfte für die Unternehmer noch verlockender sein. Ein Wochenlohn von 12 M für einen jungen Menschen! Ist das nicht ein von der Behörde festgesetztes Existenzminimum? Unsere Unternehmer werden bei kommenden Lohnverhandlungen mit Freuden dieses Beweismittel verwenden. Somit wäre der Freiwillige Arbeitsdienst mit Schmutzkonkurrenz und Lohndruck zu vergleichen.

Der Aufwand für die Arbeitswilligen aber dürfte nicht nur bei dem Förderungsbetrag von 2 M je Tag bleiben. So entstehen noch weitere Kosten für Aufsichtspersonen (Facharbeiter bei Straßenbau, Waldkulturarbeiten, Steinbrucharbeiten usw.), Stellung von Arbeitsgeräten, Unterkunftsräume usw., die zusammen immerhin eine erhebliche Summe ausmachen. Diese Mittel für den regulären Arbeitsmarkt verwandt, dürfte volkswirtschaftlicher weit nützlicher sein.

In den Richtlinien heißt es, daß nur gemeinnützige Arbeiten durch die Arbeitswilligen verrichtet werden dürfen. Wer aber will verhindern, daß nicht auch Arbeiten zu gewerblichen Zwecken vorgenommen werden. Unter dem Deckmantel des Freiwilligen Arbeitsdienstes wird manches geschehen. Wir erinnern uns noch an die Zeiten der Notstandsarbeiten, wo Arbeiten ausgeführt wurden, die nicht den Charakter von Notstandsarbeiten trugen, wozu aber Banarbeit durch die Arbeitsämter unter Festsetzung eines bestimmten Lohnes gezwungen wurden. Wir denken dabei an den Bau von Talperren usw. Wer will verhindern, daß Gemeinden zum Beispiel Steine brechen lassen, diese Steine aber nachher veräußert werden. Ist die Ausführung einer Kanalisation gemeinnützig Arbeit, wenn eine Gemeinde daraus einen Gewinn in Form der Anliegerbeiträge einzieht? Das sind alles Arbeiten, die von regulären Banarbeitern vorgenommen werden müßten, die aber nun durch die Arbeitswilligen ersetzt werden.

Für die Gewerkschaften und auch für die übrigen Arbeiterorganisationen kann es gar keine Frage geben: der behördlich sanktionierte Arbeitsdienst muß von ihnen bekämpft werden; es geht hier um die Zukunft der Lohnarbeiterschaft. Unsere Forderung muß sein: Gebt der Jugend Arbeit bei anständigen Löhnen und bei menschenwürdigen Arbeitsbedingungen.

Wir warnen keineswegs die Schäden, die der Jugend durch diese wirtschaftliche Steckung entstehen. Nur wollen und

dürfen wir nicht zugeben, daß diese Not von einer gewissen Schicht zum Schaden der Gesamtklasse ausgenutzt wird. Wenn schon etwas für die Jugend getan werden soll, dann wollen wir, die Organisationen der Arbeiterklasse, uns der Jugend des Proletariats annehmen. So werden ja schon in vielen Bezirken Veranstaltungen durchgeführt, die die Jugend zusammenfassen, und die fast ausschließlich von den Arbeiterorganisationen getragen werden.

Wir dürfen nicht zugeben, daß die Arbeiterjugend ihrer Klasse entfremdet wird. Wir wollen der Jugend das notwendige geistige Rüstzeug mit auf den Weg geben. Und inwieweit die Mittel aus dem Freiwilligen Arbeitsdienst diesen Bestrebungen dienbar gemacht werden können, muß den örtlichen Stellen überlassen werden. Vorsicht ist aber immer am Platze. Wenn ein Arbeiter-Turnverein sich einen Sportplatz oder eine Arbeiter-Jugendgruppe eine Herberge bauen will, dessen Finanzierung auch bei guten Zeiten schwierig war, kann unter gewissem Vorbehalt der Freiwillige Arbeitsdienst nutzbringend gestaltet werden. In den vergangenen Jahren haben ja auch viele Arbeitervereine Freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt, der nicht behördlich sanktioniert war. Halten wir die Augen offen, damit er sich nicht zum Schaden der Arbeiterbewegung auswächst.

Ernst Schneider.

## Wieviel Kaffee wurde in Brasilien verbrannt?

Die brasilianische Regierung will in diesem Jahr 12 Millionen Sack Kaffee verbrennen. Wie aus einem jüngsten Bericht hervorgeht, wurden allerdings seit dem 1. Januar wöchentlich statt 250 000 nur 80-90 000 Sack Kaffee verbrannt, weswegen die Regierung stark angegriffen wird. Auch sonst sind die Kaffeeproduzenten sehr erbittert. Die Regierung des Bundesstaates Sao Paulo beschloß den Ankauf von 17 Millionen Sack Kaffee zu 20 Milreis den Sack, die in Schatzanweisungen mit einer Tilgungsdauer von 20 Jahren bezahlt werden sollten. Der Kurswert dieser Schatzanweisungen sank jedoch bald auf die Hälfte. Die ungünstigen finanziellen Verhältnisse zwangen den Staat, der 9 Millionen Sack Kaffee, die den Flammen übergeben werden sollen, noch nicht bezahlte, den Kaufpreis auf die Hälfte, das heißt auf 10 Milreis je Sack, herunterszusetzen. Dieser Kaufpreis ist jedoch im Hinblick auf die Kaufkraft des Milreis in Brasilien immer noch hoch genug, um die Einschränkung der Produktion nicht zu erzwingen, so daß möglicherweise auch die neue Kaffee-Ernte sehr umfangreich sein und etwa 20 Millionen Sack betragen dürfte.

Zur Finanzierung der neuen Ernte stehen die auf 15 Schilling je Sack erhöhte Kaffee-Exportsteuer zur Verfügung sowie eine Anleihe in Höhe von 20 Millionen Dollar, die die Bank von Brasilien unter Garantie der Bundesregierung aufgelegt hat. Ausführliches Organ der Kaffeepolitik ist wiederum der nationale Kaffeerat. Brasilianische Kreise erwarten die Besserung der Absatzverhältnisse für Kaffee auf dem Weltmarkt, und zwar bezeichnenderweise nicht von einer Besserung der weltwirtschaftlichen Konjunktur, sondern umgekehrt von deren Verschlechterung, da sie sich sagen, daß die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse einen großen Teil der Bevölkerung der Welt dazu zwingen, ihre Nahrung auf Brot, Kartoffeln und Kaffee zu beschränken.

## Die europäischen Automobilfabriken Fords

weisen in der Wirtschaftskrise eine sehr ungleichmäßige Entwicklung auf. Die Fabriken in Frankreich und Belgien konnten die Produktion am besten aufrecht erhalten. Auch die Leistungsfähigkeit der Fabriken in Schweden und Holland wurde ziemlich gut ausgenutzt. Den größten Rückgang haben die Werkstätten in England und in Deutschland. Die Produktion in Deutschland wurde auf die Hälfte der normalen heruntergedrückt. Die große Traktorenfabrik in Irland, die längere Zeit geschlossen war, arbeitet jetzt mit voller Leistungsfähigkeit wieder. Für das abgelaufene Geschäftsjahr sollen die Ford-Gesellschaften keine Dividende verteilen. Demnächst soll das englische Ford-Unternehmen einen neuen Kleinwagen, den Baby-Ford, in den Verkehr bringen.

## Amerikanische Reallöhne noch über Friedensstand

In der Entwicklung der amerikanischen Löhne in der Nachkriegszeit lassen sich deutlich drei Abschnitte unterscheiden: Der erste ist gekennzeichnet durch die steile Aufstiegskurve der Stundenlöhne in den Jahren 1919 bis 1921. In dieser Zeit erreichten die Löhne mit 241 vH des Vorkriegsstandes eine Rekordhöhe, die bislang nicht übertroffen werden konnte. Die zweite Periode umfaßt die Krisenzeit von 1921 und 1922, in der die Löhne auf 226 vH des Vorkriegsstandes herabsanken. Der dritte Abschnitt wird durch die gesamte „Prosperity“-Periode bestimmt und reicht weit über den Ausbruch der Krise im Jahre 1929 hinaus, da zunächst die Löhne, gestützt durch die weitverbreitete Auffassung von der Nützlichkeit hoher Löhne auch in der Krise, noch weiter ansteigen und beispielsweise im April 1930 mit 232 vH des Vorkriegsstandes einen zweiten Höchststand innehaben. Mitte 1930 erfolgte dann der Knick, der für den Durchschnitt der Stundenlöhne in der amerikanischen Industrie bis November 1931 ein Absinken um 9,8 vH bringt. Verhältnismäßig am stärksten war der Rückgang in der Eisen- und Stahlindustrie mit 28,6 vH, während in der Maschinenindustrie die Löhne nur um 8 vH, in der Automobilindustrie um 9,5 vH, in der elektrotechnischen Industrie um 3,6 vH und im Buchdruckgewerbe sogar nur um 2,8 vH in diesem Zeitraum zurückgehen.

Viel stärker jedoch als die Stundenverdienste wurden infolge der Arbeitszeitverkürzung die Wochenverdienste von dem Rückgang erfaßt. Bereits im Juli 1930 lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit unter 44 Wochenarbeitsstunden. So fallen vom Herbst 1929 bis Ende 1931 die Wochenverdienste von 220 auf 150 vH des Vorkriegsstandes. Da jedoch zugleich die Lebenshaltungskosten noch stärker sinken, bedeutet zunächst dieser Rückgang der Nominallöhne keinen Rückgang des Realverdienstes, der sogar im ersten Halbjahr 1931 noch ansteigt. Im Dezember 1931 lagen die Reallohnverdienste des amerikanischen Industriearbeiters um 13,8 vH über dem Vorkriegsstand, trotzdem die wöchentliche Arbeitszeit von 51,5 Stunden im Jahre 1914 auf 38,7 Stunden im Dezember 1931 zurückgegangen war. Im Dezember 1931 betrug der durchschnittliche Wochenverdienst des amerikanischen Industriearbeiters rund 92 M. Eine Ausnahme von dieser Entwicklung machen die Farmarbeiterlöhne, deren Absinken nicht durch den Rückgang der Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden konnte. Vielmehr ließ der Zusammenbruch der Agrarpreise seit 1929 die Farmarbeiterlöhne um 35,1 vH bis Ende Dezember 1931 sinken, so daß sie ihrem Realwert nach gegenwärtig um 17,2 vH unter dem Stand der Vorkriegslohn liegen.

## Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Frankreich

Frankreich wird in stets steigendem Maße in den Strudel der Wirtschaftskrise hineingerissen. Die Wirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt sind jedoch bisher nicht so auffallend, wie in anderen Ländern. Einmal erfolgte die Absperrung Frankreichs gegen ausländische Arbeitskräfte. Der Zuzug ausländischer Arbeiter wird verhindert und auch arbeitslos gewordene Ausländer verlassen in großen Scharen das Land. Zum anderen drückt sich der Beschäftigungsrückgang zunächst in umfangreicher Kurzarbeit aus. Es gibt Industriezweige, in denen die Arbeiter durchweg auf Kurzarbeit gestellt sind. In der Textil- und metallverarbeitenden Industrie beträgt der Satz der Kurzarbeiter mehr als 60 vH, in der Bekleidungsindustrie 77, in der Nahrungsmittelgewerbe 75, in der Holzindustrie 77, in der chemischen Industrie 67, in der Hüttenindustrie 49, in der Kautschukindustrie 42 vH. Im Bergbau beträgt der Umfang der Kurzarbeit nur 37 vH. Indessen ist auch die Zahl der Vollarbeitslosen bereits sehr hoch. Zur Zeit werden schon 300 000 Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln unterstützt gegen 40 000 ein Jahr zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen ist jedoch viel höher, da nur ein Bruchteil der Arbeitslosen Unterstützung bezieht.

Dumping, ein englisches Wort, das „Herunterdrücken“, also zum Beispiel eines Schwimmers, bedeutet. Im Wirtschaftsleben nennt man „Dumping“ das künstliche Hinabdrücken der Preise seiner Waren und mithin auch der Konkurrenz. Wer billiger liefert, zwingt die andern zum Nachgeben. Dumping ist das Preisherabsetzen unter die Selbstkosten, wie Rußland zum Beispiel das mit dem Hauf gemacht hat. Der Erfolg ist der, daß die anderen Hanferzeuger nicht mithalten können, sondern die Produktion einstellen. Es ist also ein Totmachen der andern. Dann — wenn die Bahn frei ist — kann man die Preise wieder steigen lassen. Man hat ja keinen Konkurrenten mehr zu fürchten, und die andern müssen kaufen.

Geld in Massen — auch für Sie durch die Klassenlotterie

ZIEHUNG DER 1. KLASSE AM 22. UND 23. APRIL 1932

Über 14 Millionen RM Gesamtgewinne  
39. PREUSSISCH-SÜDDEUTSCHE KLASSENLOTTERIE

Unentbehrlich für alle Betriebsratsmitglieder, Funktionäre und Versicherten ist die in zweiter Auflage erschienene Broschüre

Arbeitslosenversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Krisenfürsorge und Kurzarbeiterunterstützung

Der Preis für die durch die Verwaltungsstellen des DMV zu beziehende Broschüre beträgt 40 Pf., Ladenpreis 80 Pf. Verlagsanstalt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G. m. b. H. • Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155

100x BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA=50 R. Bestellt die ENERGIE

Korbmöbel ab Fabrik Wir liefern an jedermann

Teilsendung bis 10 Monate, franco Lieferung. Schläger, Dreizeilige Polstergarnitur 47,50. Kat. gratis. Korbmöbel-Fabrik, Bismarck-Oberlangenstadt 291 (Lichtenfels-Land.)

Elektroniker und Radiofernschule auch Buchb., Kalkül, Rechnen und Mathematik. Prospekt 8 frei, Berlin-Wilmersdorf, Wübelstraße 5 d

Wer Taschen- u. Hand-Apparate ganz billig kaufen will verlangt Preisliste gratis von Hans-Georg, Berlin SW 29/297, Zessener Str.

Verlang. Sie sofort Muster Lohmann & Assany Altes Tuchversandhaus mit eigener Fabrikation, Spremberg (Lausitz) 11